

|   |                     |                    |
|---|---------------------|--------------------|
| Antrag der CDU -Ratsfraktion<br>öffentlich                            | Datum<br>23.03.2006 | Nummer<br>A0064/06 |
| Gremium   | Sitzungstermin      |                    |
| Stadtrat  | 06.04.2006          |                    |
| Kurztitel<br><br><b>Antrag Beitritt zum Zentrum gegen Vertreibung</b> |                     |                    |

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Magdeburg wird Patengemeinde des Zentrums gegen Vertreibung.  
Zum Abschluss einer Vereinbarung nimmt der Oberbürgermeister Verhandlungen mit der entsprechenden Stiftung auf.

Begründung:

Das geplante Zentrum gegen Vertreibung will in eindrucksvoller Weise darstellen, welche Tragödie die Vertreibung von Menschen aus ihren angestammten Siedlungsgebieten bedeutet. Insbesondere soll in dem Zentrum die Vertreibung von 80 bis 100 Millionen Menschen im 20. Jahrhundert thematisiert werden. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Europa. Nicht nur die Vertreibung der deutschen Bevölkerung, sondern die Geschichte der Integration dieser Menschen in den jeweiligen Gesellschaften soll als zentraler Schwerpunkt dokumentiert und behandelt werden. Zweifelsohne stellt die Integration von 15 Millionen Kriegsflüchtigen und rund 4 Millionen Spätaussiedlern in das Nachkriegsdeutschland eine nicht zu unterschätzende Kraftanstrengung dar. Wobei auch aktuell und in näherer Zukunft weitere Anstrengungen notwendig sein werden.

Mit dem Bekenntnis, durch Beitritt als Patengemeinde, kann die Landeshauptstadt Magdeburg deutlich bekennen, dass auch sie die Aufbauleistungen der Vertriebenen nach dem Kriege würdigt und ihre Leiden nicht vergessen sind. Dieses Bekenntnis haben bereits zahlreiche Gemeinden in Deutschland abgegeben, zum Beispiel Passau, Frankfurt am Main und Kassel, um nur einige zu nennen.

Reinhard Stern  
Fraktionsvorsitzender